

SPD demokratischer pressediens

P/XXXI/28

11. Februar 1976

Eigene Leistung für KSZE-Verwirklichung

Oppositions-Agitation schadet unserer Außenpolitik

Von Alfons Pawelczyk MdB

Vorsitzender des Bundestags-Unterausschusses für
Abrüstung und Rüstungskontrolle

Seite 1 und 2 / 78 Zeilen

Wir brauchen effektiveren Katastrophenschutz

Bessere personelle und materielle Vorbereitungen
notwendig

Von Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen MdB

Vizepräsident des Deutschen Bundestages

Seite 3 / 39 Zeilen

Bayern Zentrum der Jugendarbeitslosigkeit

Diskussion vor Ort: Bayerische SPD-Landesgruppe in-
formierte sich in Schweinfurt

Von Dr. Alfons Bayerl MdB

Vorsitzender der Landesgruppe bayerischer Abgeord-
neter in der SPD-Bundestagsfraktion

Seite 4 und 5 / 48 Zeilen

Lehrstück der CDU-Verdummungsstrategie

Übler Mißbrauch der Eltern für Parteizwecke

Von Hans Krollmann MdL

Kultusminister des Landes Hessen

Seite 6 und 7 / 71 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Eberhard Ebert

5300 Bonn 12, Hausstraße 8-10
Postfach: 128 408
Eisenbahnstr. 1, Zimmer 217-224
Telefon: 32 69 27 - 33
Telefax: 32 69 345 - 45 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 68 11

Eigene Leistung für KSZE-Verwirklichung

Oppositions-Agitation schadet unserer Außenpolitik

Von Alfons Pawelczyk MdB

Vorsitzender des Bundestags-Unters-
ausschusses für Abrüstung und Rüstungskontrolle

Die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) hat sich bereits jetzt als ein richtiger und wichtiger Schritt der westlichen Sicherheits- und Entspannungspolitik erwiesen. Der CDU-Schattenkabinetttler Dr. Alfred Dregger konnte es sich in der letzten Verteidigungsdebatte im Deutschen Bundestag trotzdem nicht verkneifen, unseren Interessen einen kräftigen Tritt zu verpassen. Er glaubt, die bisherigen Ergebnisse der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit dahingehend zusammenfassen zu können, daß jetzt nach Auffassung des Sowjetkommunismus nicht mehr die Zukunft Osteuropas, sondern nur noch die Zukunft Westeuropas zur Diskussion stünde.

Die Opposition versucht mit allen Mitteln, die Bevölkerung von den Tatsachen abzulenken.

Tatsache ist:

1. Die Bundesregierung hat entscheidend dazu beigetragen, daß die EG-Staaten entgegen den Befürchtungen der Opposition über einen gemeinsamen Konsultations- und Entscheidungsprozeß in der Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ) bei der KSZE mit einer Stimme gesprochen haben. Durch die enge Verflechtung der sachlichen Diskussion in EPZ und NATO ist hier ein Stück gemeinsame Europapolitik geschrieben worden.

2. Die USA sind näher an Europa herangerückt. Die Neutralen stimmen mit uns überein. Alle Regierungen, auch die konservativen in Europa und in den USA, akzeptieren das Ergebnis. Keine parlamentarische Opposition in anderen Staaten lehnt die Ergebnisse ab. Es gibt nur zwei Ausnahmen: die albanische Regierung und die parlamentarische Opposition in der Bundesrepublik Deutschland, die CDU/CSU.

3. Die Opposition verlangt eine Weiterentwicklung des europäischen Einigungsprozesses. Durch ihr konkretes Handeln hat sie sich in Ost und West total isoliert. Sie ist damit außerstande, konstruktiv auf den europäischen Einigungsprozeß Einfluß zu nehmen. Sie gefährdet die Sicherheit des

eigenen Landes, weil sie außerstande ist, zu einem Konsens im europäischen und atlantischen Bereich beizutragen.

4. Bereits jetzt, sechs Monate nach Unterzeichnung der KSZE-Schlußakte in Helsinki, wird deutlich, daß sie ein zusätzliches Element in die Ost-West-Beziehungen gebracht hat.

5. Der Osten ist in die Defensive geraten. Seine nachträglichen Versuche, den KSZE-Texten durch Uminterpretation, z.B. bei den militärischen vertrauensbildenden Maßnahmen, eine andere Bedeutung zu geben, sind gescheitert. Inzwischen hat die Sowjetunion ihre Haltung korrigiert und als erster Staat des Warschauer Paktes am 4. Januar 1976 ein Manöver in der Größenordnung von 25.000 Mann angekündigt, das im Kaukasus-Gebiet stattgefunden hat. Zu diesem Manöver waren u. a. Manöverbeobachter aus den NATO-Staaten Griechenland und Türkei eingeladen worden.

6. Auch die Auseinandersetzungen zwischen den westeuropäischen kommunistischen Parteien und den östlichen haben die außenpolitische Situation der Sowjetunion gegenüber Westeuropa nicht erleichtert, sondern erschwert. Alle wissenschaftlichen Beobachter stimmen in der Auffassung überein, daß die gemeinsame Deklaration der französischen und italienischen kommunistischen Partei, in der der Pluralismus bejaht wird, sowie der KPF-Parteitag mit der Absage an die "Diktatur des Proletariats" einen schweren Konflikt mit der Sowjetunion heraufbeschworen hat. Die Verletzung dieses Dogmas kann zum Bruch führen.

Auch nach der KSZE-Schlußkonferenz in Helsinki wird die Zusammenarbeit der neun EG-Staaten intensiv fortgesetzt. Durch gemeinsame Interpretation und gemeinsames Auftreten drängen sie auf die Verwirklichung der Beschlüsse von Helsinki. Die während der Konferenz erarbeitete Gemeinsamkeit im außenpolitischen Handeln konnte nicht nur bewahrt, sondern sogar verstärkt werden. Es ist das Ziel, die Verwirklichung der KSZE-Beschlüsse gemeinsam zu beobachten und zu bewerten. Das Ergebnis soll Orientierungsgrundlage gemeinsamen Handelns der neun EG-Staaten und gemeinsamer Vorbereitung für das im Juni 1977 in Belgrad vorgesehene Treffen sein.

Die Tätigkeit der Neun darf sich allerdings nicht im Beobachten und Bewerten erschöpfen. Wir haben uns durch eigene Leistungen an der Verwirklichung der KSZE-Beschlüsse zu beteiligen. Die schrillen außenpolitischen Töne der Opposition beeinträchtigen die Außenpolitik unseres Landes.

(-/11.2.1976/va/e/pr)

Wir brauchen effektiveren Katastrophenschutz

Bessere personelle und materielle Vorbereitungen notwendig

Von Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen MdB

Vizepräsident des Deutschen Bundestages

Bei der Bekämpfung der Brandkatastrophe in Niedersachsen und der Flutkatastrophe in Norddeutschland haben sich verschiedene Defizite im Katastrophenschutz gezeigt. Lücken, die besonders im Ausrüstungssektor durch das Fehlen von Schwer- und Spezialgerät und im Leistungsbereich aufgetreten sind, müssen schnell und unbürokratisch geschlossen werden. Wir müssen davon ausgehen, daß in einem Spannungs- oder Verteidigungsfall die Hilfe der Bundeswehr, des Bundesgrenzschutzes oder - wie bei dem Brandunglück in Niedersachsen - z.B. die Hilfe der französischen Regierung für solche Katastrophen nicht zur Verfügung stehen.

Es gilt daher, den Katastrophenschutz durch eine entsprechende Fortentwicklung seiner Ausrüstung stärker als bisher autark zu machen. Unter diesem Aspekt sollte die Bereitschaft der Firma Messerschmitt-Bölkow-Blom, "Transall"-Flugzeuge der Bundeswehr als "Wasserbomber" mit hoher Ladekapazität umzurüsten, ernsthaft geprüft werden. Nach Angaben der Firma wären für drei solcher Umrüstungen rd. 700.000 DM erforderlich. Erfreulich, daß die Bundeswehr bereit ist, drei ihrer "Transall"-Maschinen für diesen Zweck umrüsten zu lassen und im Bedarfsfall auf Anforderung mit Personal für den Katastrophenschutz zur Verfügung zu stellen.

Auch ein finanzieller Gesichtspunkt befindet sich zurzeit in der Diskussion: Durch den Verkauf von Lebensmittelvorräten aus der Zivilverteidigungsreserve werden in diesem Jahr zusätzliche Einnahmen in Höhe von 20,9 Millionen DM erwartet. Wenn politisch die erste Alternative, diese Mittel der Zivilverteidigungsreserve wieder zuzuführen, nicht genutzt werden kann, erscheint es geboten, den Betrag dem Katastrophenschutz zusätzlich zur Verfügung zu stellen. Die Mittel könnten verwandt werden für den Erwerb von Fahrzeugen, Luftfahrzeugen, STAN-Ausstattung sowie für Planspiele und Übungen auf dem Gebiet der zivilen Verteidigung.

Der Stärkung des Katastrophenschutzes würde es in diesem Zusammenhang auch dienen, wenn von diesem Betrag etwa 1,6 Millionen DM abgezweigt und zur Finanzierung eines mobilen Führungskaders verwandt werden könnten. Die vom Innenausschuß des Bundestages zur Untersuchung der Brandkatastrophe in Niedersachsen eingesetzte Arbeitsgruppe hat sich ja bereits grundsätzlich für den Aufbau eines solchen Stabes ausgesprochen. Sinnvoll und rationell für eine Stärkung des Katastrophenschutzes erscheint es auf jeden Fall, eine parallele Qualitätsverbesserung anzustreben, die Führung und technisches Gerät gleichermaßen berücksichtigt. Diese Balance wird auch der Haushaltsausschuß des Bundestages im Auge behalten müssen, wenn er im April die Verwendung der 20,9 Millionen DM erneut debattiert.

(-/11.2.1976/bgy/e/pr)

+ + +

Bayern Zentrum der Jugendarbeitslosigkeit

Diskussion vor Ort: Bayerische SPD-Landesgruppe informierte sich in Schweinfurt

Von Dr. Alfons Bayerl MdB
Vorsitzender der Landesgruppe bayerischer
Abgeordneter in der SPD-Bundestagsfraktion

Der Vorstand der Landesgruppe bayerischer Abgeordneter in der SPD-Bundestagsfraktion hat in Schweinfurt mit den örtlichen Vertretern aus Gewerkschaft, Wirtschaft, des Arbeitsamtes und Repräsentanten der Stadt, konferiert, um das 300-Millionen-Sofortprogramm der Bundesregierung zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit zu erörtern.

Die von der bayerischen SPD-Landesgruppe seit geraumer Zeit geübte Praxis, die Auswirkungen von Kabinettsbeschlüssen bzw. Bundesgesetzen unmittelbar nach der Bonner Entscheidung "vor Ort" mit Verantwortlichen betroffener Institutionen zu diskutieren, hat sich auch bei diesem Gespräch bewährt. Es war die einhellige Meinung aller Gesprächspartner, daß sich dieses Sofortprogramm der Bundesregierung im Arbeitsamtsbezirk Schweinfurt positiv auswirken werde.

Die SPD-Landesgruppe Bayern hatte den jüngsten Kabinettabeschluß zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit zum Anlaß genommen, um die Wirksamkeit dieses Programms und die Bereitschaft aller Betroffenen zur praktischen Umsetzung in Schweinfurt zu testen. Die Landesgruppe hatte Schweinfurt ausgesucht, weil dieser Arbeitsamtsbezirk mit 18,2 vH Anteil Jugendlicher (unter 20 Jahren) an der Gesamtarbeitslosigkeit die bayerische "Spitzenposition" einnimmt (Bundesdurchschnitt 11,5 vH). Von 7249 registrierten Arbeitslosen sind 1316 unter 20 Jahre alt.

Als besonderer Erfolg des Treffens in Schweinfurt kann bewertet werden, daß nach Meinung der Gesprächsteilnehmer bei rascher und konsequenter Anwendung des Sofortprogramms der Bundesregierung im Raum Schweinfurt bis zu 300 Jugendliche zusätzlich ausgebildet werden könnten. Voraussetzung wäre, daß zunächst die vorhandene Ausbildungskapazität in Großbetrieben und auch in der gewerblichen Wirtschaft nutzbar gemacht wird;

bei Vorhandensein eines überbetrieblichen Trägers erklärten sich die Vertreter der Industrie- und Handelskammer, des Arbeitgeberverbandes und der Handwerkskammer zu sofortiger Mitarbeit und Umsetzung des Sofortprogramms bereit. Die Handwerkskammer erklärte zudem ihre Bereitschaft, bei der vorgesehenen finanziellen Unterstützung schon ab März Grundlehrgänge für 90 Jugendliche durchzuführen.

Bemerkenswert war auch die spontane Bereitschaft der Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter sowie des Arbeitsamtes zu intensiver Zusammenarbeit, um ohne Zeitverlust eine Bestandsaufnahme vorhandener Ausbildungskapazität in Angriff zu nehmen. Zusätzlich wird in Schweinfurt geprüft, ob und wieviel nicht genutzte Ausbildungskapazität bei Bundesbahn und Bundespost vorhanden ist.

Die Landesgruppe fand ihre Vermutung bestätigt, daß die überdurchschnittliche Jugendarbeitslosigkeit im Raum Schweinfurt neben konjunkturellen Gründen strukturell bedingt ist. Dies ist auf Versäumnisse der Strukturpolitik der bayerischen CSU-Landesregierung zurückzuführen. Wälz- und Kugellagerindustrie dominieren seit Jahrzehnten in Schweinfurt-Stadt, die Ansiedlung von Kleinbetrieben aus der Wachstumsindustrie wurde vernachlässigt. Durch japanische Dumpingpreise machten sich neben konjunkturellen Wachstumsschwierigkeiten besonders in letzter Zeit Absatzprobleme bemerkbar, die Kurzarbeit, Personalabbau und Wegfall von Ausbildungsplätzen zur Folge hatten. (-/11.2.1976/ve/e)

+ + +

Lehrstück der CDU-Verdummungsstrategie

Übler Mißbrauch der Eltern für Partezwecke

Von Hans Krollmann MdL

Kultusminister des Landes Hessen

Die Eröffnung der politischen Auseinandersetzung im Jahr 1976 sollte der Öffentlichkeit sofort wieder in Erinnerung rufen, wer die "bessere Hälfte im Landtag" ist. So zumindest hatte es sich Abg. Manfred Kanther, vertriebener Schlesier, Jurist und Stadthalter des hessischen CDU-Chefs Dr. Alfred Dregger, vorgestellt, als er Anfang Januar in die Fächer der Mitglieder der hessischen Landespressekonferenz die Fotokopie von vier Seiten aus dem Buch von Burkhard Driest "Die Verrohung des Franz Blum" verteilte. Dazu legte er eine CDU-Presemeldung, die mit gespielter Empörung verkündete: "Rahmenrichtlinien empfehlen Pornographie". Er sprach von "amtlich verordneter Widerwärtigkeit", erregte sich über ein angebliches Auswalzen von Obszönitäten vor fünfzehn- bis sechzehnjährigen Schülern und forderte staatsanwaltschaftliche und disziplinarische Maßnahmen gegen den Lehrer.

Was war geschehen? Meine Nachforschungen ergaben, daß im Herbst 1975 in der Klasse 12 der Wiesbadener Elly-Heuss-Schule im Deutschunterricht mit siebzehnjährigen Schülern das Thema "Recht und Unrecht in der Literatur" behandelt worden war. Elf Unterrichtsstunden waren der Kleist-Novelle "Michael Kohlhaas" gewidmet, anschließend sahen sich die Schüler mit ihrem Lehrer den Film "Die Einsamkeit des Langstreckenläufers" an und diskutierten darüber. Dann kamen vier Unterrichtsstunden, in denen der Text des Driest-Buches besprochen wurde, das sich aus der Sicht eines Inhaftierten mit Problemen des Strafvollzugs befaßt. Der subjektive Knastbericht des ehemaligen Strafgefangenen Driest wurde ergänzt durch die Aussagen einer Sozialarbeiterin aus der Jugendvollzugsanstalt Wiesbaden, die der Deutschlehrer für die Unterrichtsreihe hinzugezogen hatte. Gerade die vier Seiten, die sich mit den obszönen sexuellen Zwangsvorstellungen von Strafgefangenen beschäftigen und die der CDU-Abg. Kanther eilfertig vervielfältigt und verteilt hatte, wurden aber im Unterricht nicht besprochen.

Es bleibt zu ergänzen, daß "Die Verrohung des Franz Blum" bei einer Tagung des Instituts für Lehrerfortbildung mit einem guten Dutzend anderer Bücher, wie beispielsweise Kleists "Kohlhaas", für die Behandlung des Leitthemas "Recht und Unrecht in der Literatur" empfohlen worden war. Soweit

die Tatsachen!

Wider besseres Wissen hat also der CDU-Abg. Kanther behauptet, daß in Heussen Rahmenrichtlinien Pornographie empfohlen; daß obszöne Texte mit fünfzehn- bis sechzehnjährigen Schülern besprochen wurden; und daß es sich bei dem Knast-Bericht von Driest um ein amtlich verordnetes Schulbuch handele.

Der CDU-Abg. Kanther hätte wissen müssen, daß es Rahmenrichtlinien für den Deutschunterricht in der Oberstufe nicht gibt; daß die von ihm verfiel-fältigten Passagen im Unterricht nicht behandelt worden waren; daß die Schüler im Durchschnitt siebzehn Jahre alt gewesen sind; daß jeder literarische Text dem Lehrer zur Behandlung im Unterricht zur freien Verfügung steht; und daß Eltern, Schüler und Schulleitung mit der Behandlung des Stoffes in der beschriebenen Form einverstanden gewesen waren.

Nicht die Verwendung des Driest-Buches in einer Wiesbadener Schule ist also ein Skandal, ein Skandal ist, was der Geschäftsführer der CDU-Fraktion fahrlässig daraus gemacht hat. Er mußte sich deshalb in der Landtagsdebatte, die er zum gleichen Thema angezettelt hatte, gefallen lassen, daß man ihm die Verflächtigungen und die Fahrlässigkeit nachwies.

Dennoch kann man sich damit nicht zufrieden geben. Zwar wurde die unverantwortliche Strategie der Opposition in diesem konkreten Fall bloßgestellt. Aber ganz sicher bleibt längerfristig nur eines aus dieser ganzen Debatte, die von der Presse in aller Breite geschildert wurde, im Gedächtnis zurück: Rahmenrichtlinien und Pornographie, da gibt es irgend einen Zusammenhang! Und genau dies war nach meiner Überzeugung von Anfang an die Absicht. Daß der CDU-Abg. Kanther mit seiner Initiative nicht nur den Schulfrieden an der Wiesbadener Elly-Heuss-Schule brutal gestört hat, und daß Lehrer, Schulleiter, Elternbeiratsvorsitzender und deren Angehörige nun seit Wochen von anonymen Anrufern beschimpft und terrorisiert werden: Dies alles ist Dreggers Mann in Wiesbaden gleichgültig. Sein Appell an das "saubere Volksempfinden" stand von Anfang an unter der Devise: Die Hauptsache ist der Effekt!

Den Beweis dafür lieferte jetzt ein Mitglied des konservativen Hessischen Elternvereins. In einer Anzeige in der "Frankfurter Rundschau" veröffentlichte er eine obszöne Passage aus dem Driest-Buch, die niemals Gegenstand des Unterrichts gewesen war. So versucht man jetzt auf kommerziellem Wege unter die Leute zu bringen, was sich seriöse Journalisten trotz eifertiger Verfiel-fältigung durch die CDU-Fraktion geweigert hatten zu veröffentlichen. Es soll ja schließlich "etwas hängen bleiben". Die doppelte Moral solcher CDU-Tugendwächter nimmt dabei gerne in Kauf, daß jetzt auch Kinder, unvorbe-reitet und wehrlos, mit Obszönitäten konfrontiert werden. (-/11.2.1976/ve/e)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller